

WAFFEN

Skelett im Sarg

Abendlich wird seit einigen Wochen die Hochparterre-Wohnung des Hauses Loogestieg 10 im Hamburger Stadtteil Eppendorf bis in den letzten Winkel nach verdächtigen Paketen und sonstigen fremden Utensilien durchsucht. Dann schließt der Wohnungsinhaber — ungeachtet der Hitze — sämtliche Fenster, verriegelt sie, vergewissert sich, daß der Briefschlitz an der Wohnungstür noch immer fest vernagelt ist, und geht zu Bett, neben sich griff- und schußbereit ein Remington-Schnellfeuergewehr.

Der Mann, der sich auf diese Weise vor unliebsamen oder gar lebensgefährlichen Überraschungen zu bewahren sucht, ist der Waffenhändler Otto Schlüter. Er hat einigen Grund zu solcher Furcht: Seit September vergangenen Jahres wurden zwei Sprengstoffanschläge auf ihn verübt. Der 37jährige Schlüter überstand zwar beide Attentate unversehrt, seine Mutter aber und ein Geschäftsfreund wurden tödlich, vier weitere Personen zum Teil schwer verletzt.

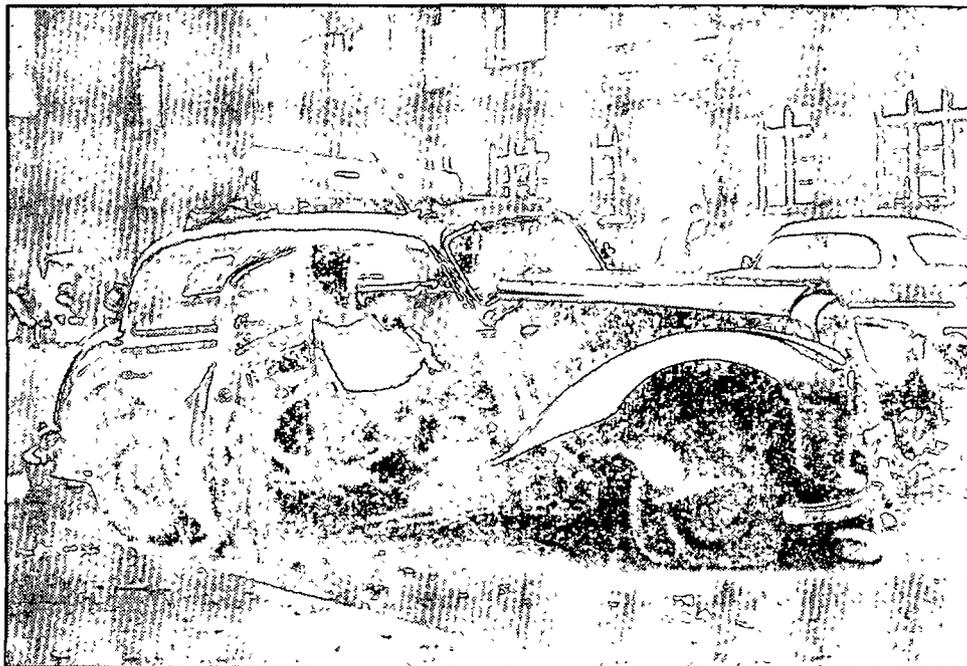
Sowenig bis heute bekannt ist, wer dem Otto Schlüter auf so makabre Weise zu zweifelhaftem Schlagzeilenruhm verhalf, so sicher schien es den Produzenten der Schlagzeilen und der zugehörigen Berichte, daß Bombenattentate sozusagen zu den normalen Geschäftsrisiken der internationalen Waffenschleberei gehören, zu deren prominenten Repräsentanten sie den Otto Schlüter mit schlichter Selbstverständlichkeit rechneten.

Der Zusammenhang zwischen den Attentaten und Schlüters Waffengeschäften schien klar: „Sprengstoffattentat war politische Aktion“ verkündete das „Hamburger Abendblatt“ dreispaltig. Der Hamburger Waffenhändler, so hieß es, habe Schnellfeuergewehre, Tellerminen, Handgranaten und Maschinenpistolen nebst Munition in den Nahen Osten und nach Nordafrika exportiert.

Daraus wurde gefolgert, Schlüter sei das Opfer französischer Nationalisten geworden — er habe nämlich algerische Rebellen mit Waffen beliefert. Andere Gazetten wußten freilich zu vermelden, es sei genau umgekehrt: Schlüter habe französische Sicherheitsbehörden mit Kriegsgewehr versorgt, weshalb nordafrikanische Fanatiker ihn in die Luft hätten sprengen wollen. „Wird von der deutschen Hafenstadt aus vielleicht die sogenannte ‚zweite Front‘ der Algerier in Frankreich gesteuert?“ fragte die „Frankfurter Rundschau“ und fügte hinzu: „Entwickelt sich die Hansestadt zu einem europäischen Tanger?“

Alle diese Vermutungen blieben zunächst unwidersprochen, was nicht weiter erstaunlich war, denn auch die hansestädtische Kriminalpolizei ließ von ihrer Pressestelle verkünden, politische Motive seien wahrscheinlich. In der Tat fahndete die Interpol — die Internationale Kriminalpolizei — rings um das Mittelmeer nach Schlüter-Attentätern.

Indes, die Bemühungen der Interpol mußten vergeblich bleiben, denn sie suchte am falschen Platz. Otto Schlüter exportiert zwar Waffen, aber er verschiebt sie nicht. Eine gründliche Überprüfung seiner Geschäftstätigkeit ergab nicht den geringsten Anhalt für illegale Geschäfte. Die in den Presseberichten als Kriegsgewehr apostrophierten „Tellerminen“ entpuppten sich als harmlose pyrotechni-



Zertrümmerter Schlüter-Wagen: Bomba unterm falschen Sitz

sche Knallartikel, die „Handgranaten“ als Übungsgeräte aus Pappe mit trommelfellgefährdender Knallwirkung. Sie waren dazu bestimmt, schreckhafte Wüstensöhne in orientalischen Polizeieinheiten an modernen Kriegslärm zu gewöhnen und solchermaßen abzuhärten.

Allerdings stehen auf Otto Schlüters Exportliste auch Maschinenpistolen, Leuchtpistolen, Karabiner, Jagdstutzen und Selbstladepistolen, doch auch diese Waffen verkauft Schlüter ganz legal. Theoretisch könnte Schlüter sogar mit Panzern, U-Booten und Atomraketen handeln. Wer in Westdeutschland mit Jagd- und Sportwaffen handeln will, braucht dazu von der zuständigen Landesbehörde eine Genehmigung, die niemandem versagt werden darf, dem nicht persönliche Unzuverlässigkeit oder mangelnde Sachkenntnis nachgewiesen wird. Der Handel mit Kriegswaffen dagegen muß jeweils — von Geschäft zu Geschäft — von der Bundesregierung genehmigt werden.

Angesichts solcher gesetzlichen Möglichkeiten und des totalen Fehlens irgendwelcher untergründiger Machenschaften blies die Interpol ihre Ermittlungen an den Gestaden des Mittelmeeres wieder ab, und die Hamburger Kriminalpolizei begann sich zu überlegen, wer wohl dem Otto Schlüter aus anderen als politischen Motiven so übel will, daß er lebensgefährliches Feuerwerk für den geeigneten Ausdruck seiner Gefühle hält.

Ängstlich geheimgehaltene Erwägungen dieser Art — die Kehrtwendung der Ermittlungsarbeit sollte nicht publik werden — mündeten schließlich in die Vermutung, daß geschäftlicher Neid das Motiv des Attentäters sei. Immerhin ist Schlüter einer der erfolgreichsten Verkäufer lautstarker Sport-, Übungs- und Tötungsgeräte. Sein Jahresumsatz übersteigt die Millionen-grenze beträchtlich, was er vor allem dem Umstand verdankt, daß er sich die Generalvertretung der Jagdpatronen-Fabrik GmbH, Wien, und die Alleinvertretung der spanischen Pistolenwerke Astra unceta y compania, A. S., geschickterweise zu sichern wußte.

Diese überaus ertragreichen und entsprechend begehrten Vertretungen hat sich Schlüter durch Exklusivverträge derart gesichert, daß andere Waffenhändler nicht einmal über seine Leiche an diese Pfründe

herankönnen: Wenn Schlüter — auf natürliche oder unnatürliche Weise — aus dieser Welt scheidet, so bleiben die Vertretungen für Jagdpatronen und spanische Pistolen gleichwohl im Besitz seiner Firma.

Es gibt nur eine Möglichkeit, in Otto Schlüters Verträge einzusteigen: Man muß ihm die Freude am Waffengeschäft derart vergällen, daß er sich entschließt, in eine weniger aufreibende Branche überzuwechseln. Genau das könnte das Ziel der Attentäter gewesen sein, denn anders läßt sich das Ergebnis einer genauen Rekonstruktion der beiden Attentate nicht erklären: Die Attentäter hatten den Waffenhändler



Beachteter Waffenhändler Schlüter
Zündung vor der rechten Zeit

offenbar sehr heftig erschrecken, ihn aber keinesfalls regelrecht ums Leben bringen wollen.

Die erste Bombe kreperte am 28. September 1956 um 19.18 Uhr in den Geschäftsräumen der Firma Schlüter, und zwar im Vorraum zur Toilette, unmittelbar neben einem Zimmer, in dem zur Zeit der Explosion Firmenchef Schlüter, dessen Mutter und drei Geschäftsfreunde bei einer Besprechung saßen.

Das war ganz gegen Schlüters Gewohnheit. Normalerweise werden die Geschäftsräume des Waffenhändlers pünktlich um 18 Uhr geschlossen. Die Bombe aber, das ließ sich aus den unverbrannten Resten des Säurezünders ermitteln, hatte eigentlich erst um 22 Uhr krepieren sollen, zu einer Zeit also, zu der sie allenfalls Sachschaden hätte anrichten können.

Daß der Sprengkörper statt dessen schon um 19.18 Uhr detonierte, wobei der Kaufmann Lorenzen tödlich verletzt wurde, war nach den Ermittlungen des Bundeskriminalamtes die Folge einer Panne im Zündmechanismus.

Wäre das zweite Attentat, am 3. Juni dieses Jahres, so abgelaufen, wie es der Attentäter vorausgerechnet haben mußte, wäre ebenfalls kein Menschenopfer zu beklagen gewesen. Diesmal war Schlüters Wagen, den er stets auf der seiner Wohnung gegenüberliegenden Straßenseite parkt, mit einer Bombe ausgestattet worden. Die Bombe ging auch prompt los, als Schlüter am Morgen den Wagen anfuhr, nur war die Magnet-Haftladung an der falschen Stelle angebracht — nämlich unter dem rechten Vordersitz und nicht etwa unter Schlüters Sitz.

Schreckschuß mit Chromstahlkugeln

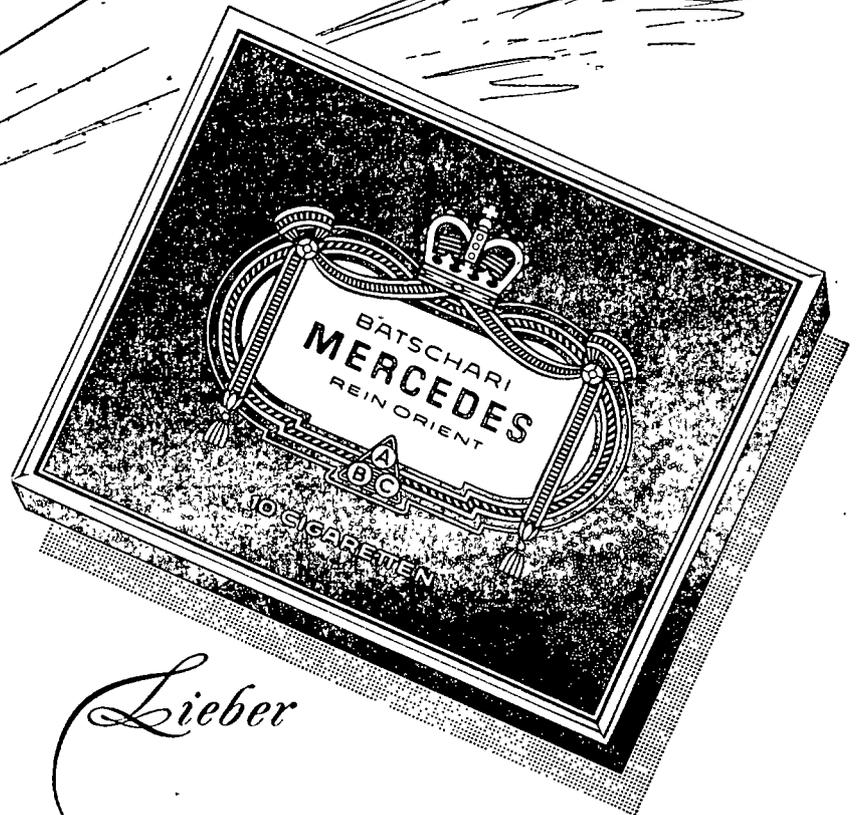
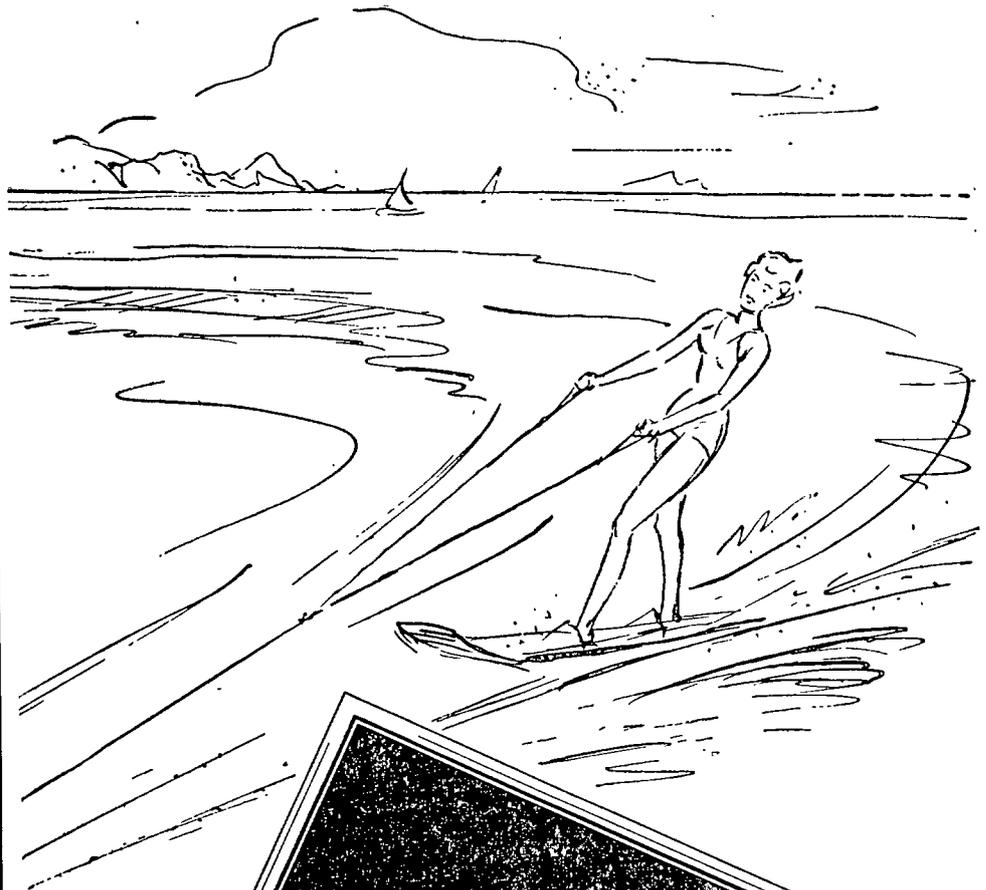
Einen ungeeigneteren Platz für eine Bombe, die den Fahrer eines Mercedes 220 alter Art ins Jenseits blasen soll, gibt es kaum, denn der Fahrer ist durch den Tunnel der Kardanwelle und das schwere stählerne Getriebegehäuse gegen die Druck- und Splitterwirkung einer rechts vorn am Karosserieboden krepierenden Sprengladung ziemlich sicher gedeckt.

Nur ein unwahrscheinlich dilettantischer Attentäter würde das übersehen haben. Der Mann, der dem Otto Schlüter die mit neun Millimeter dicken Chromstahlkugeln gefüllte Haftladung unter den Wagen klebte, war gewiß kein Dilettant. Die Art der Bombe und die Montage der Zündvorrichtung weisen ihn vielmehr als einen Fachmann aus. Hinzu kommt, daß es viel bequemer gewesen wäre, die Bombe unter dem Fahrersitz anzubringen, denn der Wagen stand auf der rechten Straßenseite; zwischen dem rechten Wagenrand und dem Bordstein war mithin knapp eine Handbreit Platz.

Dennoch machte sich der Attentäter die Mühe, die Bombe rechts zu montieren. Offenbar wollte er also den Waffenhändler nicht töten. Er wird vermutet haben, daß der rechte Sitz leer sein würde, wenn Schlüter den Wagen anfuhr und dadurch die Bombe zündete.

Zu dieser Annahme hatte der Bombenleger guten Grund: Seit Jahren bestieg Schlüter jeden Morgen seinen Wagen allein, fuhr bis zur nächsten Straßenecke, wendete dort, fuhr zurück bis zur Tür seines Hauses und ließ seine gehbehinderte Mutter einsteigen, der er auf diese Weise den mühevollen Weg über die Straße zum Wagen ersparte.

Am 3. Juni aber hatte sich Schlüter — für den Attentäter unvorhergesehen — verspätet. Er führte deshalb, um das zeitraubende Wenden zu sparen, seine Mutter am Arm über die Straße und ließ sie einsteigen. So kam es, daß Schlüters Mutter,



Lieber
Leichter,
Lieber
Mercedes

leicht und aromatisch

MERCEDES

Rein Orient

vorn neben ihrem Sohn sitzend, von der vollen Wucht der Explosion getroffen wurde, als Schlüter anfuhr. Sie starb wenige Tage später. Der Waffenhändler blieb unverletzt.

Diese Erkenntnisse über Hergang und Planung der Attentate brachten die hanseatische Kriminalpolizei endgültig zu der Überzeugung, daß die Täter schwerlich in Algerien, Libyen oder Frankreich, sondern unter den Geschäftskonkurrenten des erfolgreichen Waffenhändlers Schlüter zu suchen seien.

Denn daß Bombenattentate ein probates Mittel sind, Schlüters Neigung zum Handel mit Knallkörpern zu dämpfen, läßt sich nicht leugnen: Er wurde in der Presse als ein skrupelloser Geschäftemacher beschimpft, der ohne Rücksicht auf Leben und Gut seiner Mitmenschen Millionen verdient; man verlangt von ihm, daß er Wohnung und Geschäftslokal räumt; er lebt in ständiger Angst vor einem dritten Anschlag — alles Dinge, die selbst einen harten Mann auf die Dauer weich machen können.

Für solche Motive der Täter spricht auch noch ein anderes Indiz: Schon vor dem ersten Attentat war versucht worden, den Waffenhändler in bester Kriminalroman-Manier einzuschüchtern. Schlüter hatte eines Tages per Post ein Paket von einem unbekanntem Absender erhalten. Es enthielt einen Miniaturarg. Darin lag — gleichsam wie eine schicksalsträchtige Vision — die Nachbildung eines menschlichen Skeletts.

SOWJETZONE

PROPAGANDA-KRIEG

Unterm Obstbaum

Der Kleinbauer Paul Noack aus dem Sowjetsektor Berlins hat den Senat von Westberlin mit einer ungewöhnlichen Klage überzogen: Er will 10 000 Mark Schadensersatz haben für „die Entwendung von 1500 Kubikmetern besten Bodens unter dem Acker“ und dafür, daß man ihm das Grundwasser absaugte. Paul Noack ist nämlich Eigentümer des Grundstückes an der amerikanisch-sowjetischen Sektorengrenze, unter dem fünf Meter tief ein 300 Meter langer Tunnel entlangführt, der bei einem amerikanischen Militärdienstgebäude beginnt, die Sektorengrenze unterschneidet und an unterirdischen Fernkabeln der Sowjet-Armee endet.

Seit dieser Tunnel im April 1956 von den Sowjets entdeckt wurde, gehörte er als „amerikanischer Spionagetunnel“ zum eisernen Reservoir der Ostpropaganda. Tausende von Sowjetbewohnern wurden herangefahren und durften den Stollen besichtigen. Sie sahen unmittelbar an den Kabeln einen komplett eingerichteten unterirdischen Fernsprechverstärkerraum mit Gerät amerikanischen Ursprungs. Eine Grundwasser-Absauganlage hielt die Baulichkeit trocken. Eine Panzertür schloß den Verstärkerraum, der mit Klimaanlage, Ventilator und Leuchtstoffröhren ausgerüstet war, zum Stollen hin ab. Auf der Tür stand: „Eintritt verboten. Der Kommandierende General.“

Die amerikanische Armee hatte also Gespräche der Sowjet-Armee mitgehört. Aber keine amerikanische Dienststelle von Berlin bis Washington hat sich bisher das Eingeständnis entlocken lassen, amerikanische Stellen hätten etwas mit dieser technisch perfekten Anlage zu tun: Man weiß von nichts.

Weil die Amerikaner sich so wortkarg zeigten, versuchten die Sowjets und ihre deutschen Trabanten über Westberliner



Ost-Kleinbauer Noack
Unter dem Tunnel ...

Stellen zu einem westlichen Schuldbekennnis zu kommen.

Zunächst hatte — im Dezember 1956 — der stellvertretende Ostberliner Oberbürgermeister Waldemar Schmidt den Westberliner Senat in einem offiziellen Schreiben aufgefordert, insgesamt 100 000 Mark Schadensersatz zu zahlen, und zwar der Ostberliner Verwaltung, die den aufgegrabenen Tunnel wochenlang habe bewachen lassen müssen, wodurch beträchtliche Kosten entstanden seien.

Da Schmidts Forderung einer einleuchtenden Begründung hinsichtlich der Zuständigkeit des Westberliner Senats ermangelte, konnte der Senat den Vorstoß mit der schlichten Feststellung abwehren, er habe mit der ganzen Sache nichts zu tun.

Die Kommunisten sann auf neue Methoden und erinnerten sich des Bauern Paul Noack, unter dessen Grundstück der Tunnel hindurchführte. Der Starjurist der

SED, Anwalt Kaul aus Ostberlin, der auch die KPD vor dem Karlsruher Bundesverfassungsgericht vertrat, strengte für Paul Noack vor der 10. Zivilkammer des Westberliner Landgerichtes eine 10 000-Mark-Schadensersatzklage an: Die Noackschen Obstbäume hätten unter der Tunnelwühlerei gelitten.

Anwalt Kaul begründet die Zuständigkeit des Westberliner Senats mit dem Argument, der Senat habe von Westberlin ausgehende amerikanische Spionagetätigkeit geduldet und sei deshalb auch für deren Folgen verantwortlich; zum anderen sei der Senat nicht den Verpflichtungen nachgekommen, die sich aus dem internationalen Fernmeldevertrag von Buenos Aires ergeben, der seit 1955 auch für Westberlin gilt. Die Westberliner Verwaltung hätte mindestens die Signatar-Mächte jenes Abkommens, das auch auf internationaler Ebene das Fernmeldegeheimnis garantiert, von dem Bruch des Vertrages durch die USA unterrichten müssen. Daß dies nicht geschah, könne durch die Einvernahme des Westberliner Innensenators Joachim Lipschitz und des Postsenators Günter Klein bewiesen werden.

Der Anwalt des Senats, der CDU-Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Wolfram Müllerburg, parierte diese Attacke mit einer recht unzureichenden Finte: Der sogenannte Abhörtunnel, argumentierte Müllerburg, könnte doch auch ein Luftschutzbau aus dem letzten Kriege sein, für dessen Auswirkungen auf die Bodenfruchtbarkeit man den Senat nicht gut verantwortlich machen könne.

Landgerichtsdirektor Dr. Fiebig nahm dem Senatsanwalt zwar diese eigenwillige Tunneltheorie nicht ab, vertagte aber dennoch das Verfahren. Er muß nämlich nun, so schreibt es das sogenannte „Kleine Besatzungsstatut“ für Westberlin in solchen Fällen vor, von der amerikanischen Mission in Berlin das Recht zur Ausübung der Gerichtsbarkeit einholen.

Damit hängt Paul Noacks Entschädigung für Gartenerde und Obstbäume vom guten Willen der Amerikaner ab. Es scheint bislang freilich nicht so, als wollte sich der amerikanische Geheimdienst zum Wohl des Kleinbauern der Gefahr aussetzen, daß die Wühlarbeit in Alt-Glienicke doch noch als ein kunstvolles Produkt seines technischen Ingeniums aktenkundig wird.



... kein blunen, Wachsen und Gedeihen: Tunnel-Aufgrabung vor Noacks Acker